

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Gerhard Schröder MdL zur Zukunft des Kraftwerkkomplexes Buschhaus: Einen verantwortbaren Ausgleich von Arbeit und Umwelt herstellen.

Seite 1

Dr. Wilhelm Bruns zum jüngsten Buch von Erhard Eppler: Sind Ost und West friedensfähig?

Seite 3

Dr. Karl Heinz Klejdzinski MdB zur Sache mit dem „Flag-Swap“: Täuschung, Fälschung, Schieberei?

Seite 5

Heinz-Werner Arans MdL zur Verbeamtungsaktion des Kultusministers in Schleswig-Holstein: Ein schäbiger Wahlkampf-Gag.

Seite 6

43. Jahrgang / 70

13. April 1988

Zur Zukunft des Kraftwerkkomplexes Buschhaus

Einen verantwortbaren Ausgleich von Arbeit und Umwelt herstellen

Von Gerhard Schröder MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Die SPD hat in der Energiepolitik immer den Vorrang der heimischen Kohle als Energieträger betont. Dieser Vorrang schließt die Braunkohle ein. Wir wollen also, daß aus Braunkohle Strom erzeugt wird. Von diesem Grundsatz ist auf längere Sicht nichts abzustreichen, weil wir wissen, daß andere Energieträger nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Und den wirklichen Konkurrenten der heimischen Stein- und Braunkohle, die Atomenergie, wollen wir nicht, weil diese Form der Energieerzeugung und ihre Folgen von Menschen nicht wirklich beherrscht werden können.

Wer heute Kohle verbrennt, muß das mit Rücksicht auf die Luft, die für uns alle, für unsere Kinder lebenswichtig ist, so schadstoffarm wie möglich tun. Weil wir erhebliche Probleme mit der Luftverschmutzung haben, ist eine sichere Energieversorgung auch durch Kohle nur dann verantwortbar und praktisch machbar, wenn die Verbrennung schadstoffarm geschieht. Deshalb gibt es jetzt Grenzwerte für den Schadstoffaustritt, an die sich jeder halten muß.

Die SPD hat zu dem Kraftwerkskomplex, der sich mit dem Namen Buschhaus verbindet, von Anfang an eine klare Position eingenommen.

Wir haben 1984 gesagt: „Nehmt das Kraftwerk dann in Betrieb, wenn die Entschwefelung funktioniert. Falls es bis dahin Probleme für die Beschäftigten gibt, sollen die Betreiber, sollen aber auch Bund und Land Geld in die Hand nehmen, um eine Arbeitsplatzgarantie zu finanzieren.“ Der Deutsche Bundestag ist uns in seiner ersten Entscheidung in diesem Bemühen gefolgt. Er hatte die Bundesregierung verpflichtet, eine solche Arbeitsplatzgarantie zu geben.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kontrollieren Sie  
mit dem roten  
Kreuz-Papier



Leute, die sich sehr klug vorkamen, haben dieses Konzept zurückgewiesen. Sie haben den Beschäftigten Steine statt Brot gegeben. Und sie haben ein Stück Kohle-Vorrangpolitik bundesweit in Verruf gebracht.

Recht gehabt zu haben, reicht mir nicht. Es geht hier um einen verantwortbaren Ausgleich von Arbeit und Umwelt.

Es wird immer klarer, daß sichere Arbeitsplätze nur umweltgerechte Arbeitsplätze sind. Für unser Thema heißt das:

- a) Die Grenzwerte von 400 mg und 35.000 Jahrestonnen müssen eingehalten werden.
- b) Das Betriebsjahr begann am 1. Juli 1987 und endet am 30. Juni 1988.

Diese Position steht nicht zur Debatte. Sie wird bisher von allen Beteiligten, also auch von dem Unternehmen selbst geteilt.

Ich weiß nicht ob, und wenn ja, welche Schwierigkeiten durch die Verpflichtung zur Einhaltung dieser Grenzwerte entstehen. Aber ich weiß eines: sollten dadurch Arbeitsplätze, etwa im Tagebau in Gefahr geraten, muß das Unternehmen, muß die Muttergesellschaft Geld in die Hand nehmen, um diese Gefahr abzuwenden. Und wenn zur Verhinderung von Kurzarbeit oder gar Entlassungen darüber hinaus Landesmittel unabdingbar gebraucht werden, ist die Opposition darüber gesprächsbereit. Es ist für uns sinnvoller, Arbeit zu finanzieren, als Arbeitslosigkeit finanzieren zu müssen.

Nur diese Position nützt auch den Beschäftigten wirklich. Eine Veränderung der Betriebsgenehmigung ist umweltpolitisch nicht verantwortbar und würde auch wegen der langen Verfahrensdauer nicht helfen. Und jede wesentliche Überschreitung der 35.000 Jahrestonnen würde ganz unabhängig vom Willen der Politiker mit Sicherheit das Verwaltungsgericht auf den Plan rufen.

Deshalb gilt: nur die Einhaltung der Grenzwerte sichert die Arbeitsplätze wirklich. Das ist der Grund, warum die SPD, warum ich so kompromißlos auf deren Einhaltung bestehe.

(-/13.4.1988/rs/ks)

\* \* \*

### Sind Ost und West friedensfähig?

---

Zum jüngsten Buch von Erhard Eppler

Von Dr. Wilhelm Bruns

Leiter der Forschungs-Abteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Wer einen kompetenten und wegweisenden Kommentar zum gemeinsamen Papler von SPD-Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ sucht, sollte das jüngste Buch von Erhard Eppler, das morgen in Bonn vorgestellt wird, lesen. Sein Ausgangspunkt: „Wir sind geschichtlich an einem Punkt angekommen, wo keine Friedenspolitik Aussicht auf durchschlagenden Erfolg hat, die den Gegensatz der Systeme ausklammert.“ Und: „Sind die Systeme nicht friedensfähig - und sei es nur in der Wahrnehmung des jeweils andern - dann werden die Staaten bestenfalls waffenstillstandsfähig.“

Dies ist eine Erkenntnis, die inzwischen nicht nur unter Friedensforschern unbestritten ist, sondern auch zunehmend das Denken der Vertreter von Ost und West bestimmt. Wir sehen, daß das „neue Denken“ bei Vertretern des sogenannten real existierenden Sozialismus zu Veränderungen in der Ideologie führt, daß dies jedoch ein offenbar schwieriger Prozeß ist. Eppler geht es in seinem Essay um die Ideologien, um die Gedankengebäude. Er stellt zu Recht fest: Ideologien und Systeme, die sich gegenseitig die Existenzberechtigung absprechen, sind nicht friedensfähig, das heißt Frieden, der über den Waffenstillstand hinausgeht, ist nicht möglich zwischen Systemen, die sich vom Gegner in ihrer Existenz negiert fühlen!

Dies ist eine Erkenntnis, die inzwischen auch von führenden Vertretern der SED geteilt wird. Weitestgehend stimmen SPD und SED über die Anforderungen an friedensadäquate Ideologien überein (von der Anerkennung der Offenheit aller Geschichte und der Anerkennung der Veränderbarkeit von Systemen über die Anerkennung gemeinsamer Aufgaben bis hin zur gegenseitigen Anerkennung der Friedensfähigkeit).

Auch gibt es zwischen Vertretern der SED und SPD Übereinstimmung darin, daß für die Auseinandersetzung zwischen den Systemen wie zwischen den beiden Parteien verbindliche Regeln aner-

kannt werden müssen. All dies findet sich im gemeinsamen Dokument über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Erhard Eppler referiert noch einmal die wichtigsten Passagen des gemeinsamen Dokuments, er geht auf die im Westen vorgebrachte Kritik ein, setzt sich mit Bedenken aus den eigenen Reihen auseinander und skizziert die ersten Wirkungen des Papiers (insbesondere in der evangelischen Kirche in der DDR).

Der Vorsitzende der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD plädiert für den Wettbewerb der Systeme, für die produktivste Form der Konfliktaustragung. Er versteht diesen Wettbewerb allerdings nicht als „Klassenkampf mit zeitgemäßen, leichter verkäuflichen Mitteln“, sondern in dem Sinne, wie es die Verfasser des gemeinsamen Papiers ausgedrückt haben: „Der Wettbewerb der sozialen und politischen Systeme sollte darum geführt werden, welches der beiden Systeme den wirksamsten Beitrag zur Lösung der übergreifenden Menschheitsfragen leistet und welches die günstigsten gesellschaftlichen Bedingungen für die Entfaltung von Humanität bietet, welches den Menschen die bessere Chance gibt, ihre Interessen und Rechte durchzusetzen, ihre Werte und Ideale zu verwirklichen“.

Bei einer solchen Festlegung gibt es auf unserer Seite keinen Anlaß, so zu tun, als seien wir prinzipiell überlegen, hätten bereits heute den wirksamsten Beitrag geleistet und es komme jetzt nur noch auf „die anderen“ an. Eine solche Betrachtungsweise wäre selbstgefällig und führte zu nichts. Im übrigen ist bei diesem Wettbewerb, der Zusammenarbeit verlangt, der Bürger der Schiedsrichter!

Über die wichtigsten Prinzipien des „neuen Denkens“ besteht zwischen Ost und West Einverständnis. Jetzt kommt es darauf an, diese Prinzipien zu konkretisieren und aus ihnen Konstruktionselemente für das gemeinsame Haus Europa zu entwickeln. Ein wichtiger Baustein für dieses lediglich in Umrissen erkennbare gemeinsame Haus Europa ist das gemeinsame Papier von SPD und SED, das Erhard Eppler hier einfühlsam rechtfertigt und kommentiert. (-/13.4.1988/va-he/rs)

\* \* \*

Erhard Eppler, *Wie Feuer und Wasser. Sind Ost und West friedensfähig?*, rororo aktuell, Reinbek 1988, 114 Seiten, DM 10,00.

Täuschung, Fälschung, Schieberei?

---

Die Sache mit dem „Flag-Swap“

Von Dr. Karl Heinz Klejdzinski MdB

Nehmen wir einmal an, ein x-beliebiges Produkt werde bei uns importiert. Dieses Produkt gelangt nicht unmittelbar vom Herkunftsland in die Bundesrepublik Deutschland, sondern der Transfer erfolgt über ein Drittland. In dem Drittland wird die Ursprungsangabe des Produkts geändert, so daß bei Einlieferung in die Bundesrepublik ein anderes Herkunftsland angegeben ist.

Die Preisfrage lautet nun: Ist die im Drittland vorgenommene Manipulation an der Herkunftsbezeichnung als Fälschung zu bezeichnen?

1. Unsere - im doppelten Sinne - an Rechtssicherheit interessierte Bundesregierung beantwortet die gestellte Preisfrage unterschiedlich, je nach dem an welchem Produkt Änderungen der Herkunftsangabe gemacht wurden:

Handelt es sich um Spaltmaterial, wie Uran, zeigt man sich von Regierungsseite empfindlich getroffen, wenn von „Fälschen“ die Rede ist: Nein, für diese Art der Umflagung ist doch der englische Begriff „Flag-Swap“ geprägt worden!

Auch sind sich der Bundesumweltminister und der Bundesforschungsminister einig, daß Manipulationen an der Herkunftsbezeichnung bei Uran rechtlich nicht bedenklich sind und weder ein Einschreiten der Behörden noch des Gesetzgebers erfordern.

2. Völlig entgegengesetzt fällt hingegen die Bewertung der Bundesregierung dann aus, wenn es sich bei dem Produkt, an dessen Herkunftsbezeichnung manipuliert wurde, um Stahl handelt. In diesem Fall wird ganz selbstverständlich von einem inkriminierten Tun ausgegangen und auch das Wort „Fälschen“ darf ungeniert gebraucht werden. Die Bundesregierung ist bei dieser Sachlage in ihrer Empfehlung über solche Vorfälle „außerordentlich bestrebt und bemüht, über die Staatsanwaltschaften und Zollfahndungsbehörden solchen strafbaren Handlungen nachzugehen“.
3. Wer nicht glauben kann oder will, daß die Wende-Regierung ihre Rechtsauffassung und ihr Vokabular bei derartigen Vorfällen je nach Produkt wendet und ändert, sollte sich durch Lektüre der amtlichen Protokolle von der 63. und 66. Plenarsitzung davon überzeugen lassen, daß was bei Umkennzeichnung von Uran als legal gilt, ist strafbar, wenn Uran durch Stahl ersetzt wird. Ein möglicherweise faules Pollt-Ei, was sich noch nicht einmal durch Aussitzen verändern läßt.

(-/13.4.1988/vo-he/rs)

**Ein schäbiger Wahlkampf-Gag**

**Zur Verbeamtungsaktion des Kultusministers in Schleswig-Holstein**

Von Heinz-Werner Arens MdL  
Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Bei der groß angekündigten Verbeamtungsaktion von Lehrern in Schleswig-Holstein handelt es sich um den zweiten Teil eines Wahlkampf-Gags des Kultusministers. Während bereits zur Landtagswahl am 13. September 1987 600 befristete Beschäftigungsverhältnisse für Lehrer in unbefristete umgewandelt wurden, werden die gleichen 600 nunmehr von unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen in Beamtenverhältnisse umgewandelt.

So angenehm dies für die einzelnen Betroffenen auch sein mag, so schmeckt das Wahlkampfbonbon des Ministers doch zu bitter. Schließlich werden bei dieser Aktion zum zweiten Mal lediglich 600 Personalakten bewegt, aber keine einzige zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeit für unversorgte Lehramtsbewerber geschaffen.

Es werden auch keine anderen als gesetzlich verlangten Tätigkeiten durch die Landesregierung vollzogen. Laut Paragraph 73, Absatz 2, des Schulgesetzes in Verbindung mit Paragraph 5, Absatz 2, des Landesbeamtengesetzes hätte die Verbeamtung bereits spätestens im Herbst 1987 erfolgen können und müssen.

Die betreffenden Lehrkräfte werden gezwungen, für fünf Jahre sogenannte Dreiviertel-Beamtenplanstellen zu akzeptieren - oder ihre künftige Verbeamtung wird generell infrage gestellt.

Dieser schäbige Wahlkampf-Gag des Kultusministers ist ausschließlich auf dem Rücken von Betroffenen ausgetragen worden. Ihnen wurden durch wahltaktische Überlegungen der CDU gesetzlich verbrieft Arbeitnehmerrechte vorenthalten.

Den Bürgerinnen und Bürgern werden mit dieser Aktion Illusionen vorgegaukelt, die die Wirklichkeit veracheiern sollen.

(-/13.4.1988/rs/ks)

\* \* \*